Einzelpreis 2.— Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juli 48,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 88,— M., für das übrige Ausland 116,— M.
Verl. u. Exp. Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27 I. Tel. Moabit 2021.

Montag, den 17. Juli 1922

5. Jahrg. Nummer 273

Die zweigespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 26,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 4,— M., jedes weitere Wort 3,— M., einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3,— M., jedes weitere Wort 2,— M.
Redaktion: Fernsprecher Mpl. 4167, 4301, u. 150 07.
Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die preußischen Gesetze zum Schutze der Republik

Aus dem preußischen Landtag wird uns geschrieben:

Die vom preußischen Landtage zum Schutze der Republik angenommenen Gesetze erstreben in der Hauptsache eine Reinigung der Verwaltung von jenen Beamten, die der Republik zwar ihren Treueid geleistet haben, die aber ihren Posten dergestalt ausüben, daß sie sich in ihrer ganzen Tätigkeit lediglich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, der Republik Schwierigkeiten zu machen und ihr Ansehen zu untergraben. Die Mehrzahl der mittleren und höheren Beamten betätigt sich sogar im Dienst und in der Oeffentlichkeit ganz offen als Feind der Republik und arbeitet direkt und indirekt auf ihre gewaltsame Beseitigung hin. Durch die Weimarer Verfassung sind den Beamten leider alle Vorrechte gelassen worden. Die bestehenden Disziplinargesetze sind unzureichend und bieten so gut wie keine Handhabe, gegen die beamteten Feinde der Republik mit jener Schärfe vorzugehen, die Respekt einflößen könnte. Da Preußen als deutscher Gliedstaat nur im Rahmen der Reichsgesetze arbeiten und diesen nicht vorgreifen kann, mußte es sich darauf beschränken, der offenen Sabotage der Beamten durch eine Aenderung der Disziplinargesetze vorzubeugen. Das Disziplinargesetz der nichtrichterlichen Beamten vom 21. Juli 1852 und das Disziplinargesetz der richterlichen Beamten vom 7. Mai 1851 wurde durch die Einschaltung eines neuen Paragraphen so gestaltet, daß es jetzt möglich ist, grobe Verstöße gegen die republikanische Verfassung disziplinarisch zu bestrafen. Der betreffende Paragraph hat folgenden Wortlaut:

„Die ihm durch sein Amt auferlegten Pflichten im Sinne des Abs. 1 Nr. 1 verletzt insbesondere auch ein Beamter, der Bestrebungen, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, im Amte, durch Mißbrauch seiner amtlichen Stellung oder aufreizend oder gehässig in der Oeffentlichkeit, fördert oder solche Bestrebungen durch Verleumdung, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik, des Reichspräsidenten oder von Mitgliedern der im Amt befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes unterstützt."

Wenn ein Beamter im Sinne des Gesetzes sich schuldig macht, ist im Rückfalle auf Entfernung aus dem Amte zu erkennen. Ueber das Vergehen entscheidet ein Disziplinargerichtshof, der aus sieben Mitgliedern zusammengesetzt ist, von denen zwei Richter des Kammergerichts sein müssen. Das Gesetz erstreckt sich auch auf Vergehen unmittelbarer Staatsbeamter (Lehrer, Kommunalbeamte, Professoren) sowie auf Privatdozenten.

Das Disziplinargesetz der Richter ist in bezug auf die Pflichtverletzung in der gleichen Weise wie das Beamtendisziplinargesetz abgeändert worden. Vergehen der Richter im Sinne des Gesetzes können hier jedoch im Rückfall mit Entlassung bestraft werden. Die Entscheidung fällt der große Disziplinargerichtshof, zu dem das preußische Staatsministerium sechs Mitglieder aus der Zahl der preußischen Mitglieder ernennt.

Neben diesen beiden Gesetzen sind einige Entschließungsanträge angenommen worden, die ebenfalls eine Säuberung der Verwaltung von unzuverlässigen Elementen bezwecken. So wird das Staatsministerium ersucht

„die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur solchen Personen zu übertragen, die unbedingt zuverlässige Vertreter der republikanischen Verfassung sind; das Personalreferat in allen Zweigen der Verwaltung und der Justiz nur solchen Beamten zu übertragen, die hervorragend sachkundig und unbedingt zuverlässige Vertreter der republikanischen Verfassung sind; die Ernennung von Personalreferenten bei den Provinzialbehörden bedarf der Bestätigung durch den zuständigen Minister."

Beide Anträge können Gutes erwirken, wenn das zuständige Ministerium rücksichtslos den Willen der Gesetzgeber zur Anwendung bringt. Daß das geschieht, dafür werden unsere parlamentarischen Vertreter zu sorgen haben. Ebenso liegt es an den Massen im Lande, mit größtem Nachdruck immer wieder die Säuberung der Verwaltung zu fordern und alle Verstöße der Beamten gegen die Gesetze der Republik rücksichtslos anzuprangern.

Gegen den Mißbrauch der Schule und ihrer Einrichtungen zu monarchistischen Propagandazwecken richten sich folgende Anträge, die vom Staatsministerium fordern:

1. daß aus allen Schul- und Diensträumen Bilder und Büsten des letzten Königs oder von Mitgliedern seiner Familie sofort entfernt werden;
2. daß im Falle der Nichtbefolgung dieser Anordnung gegen den verantwortlichen Beamten nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfes, betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten das Disziplinarverfahren durchgeführt wird;
3. die Schüler- und Lehrbüchereien an sämtlichen preußischen Schulen sind von allen denjenigen Büchern zu reinigen, die mit der heutigen republikanischen Staatsform nicht vereinbar sind;
4. Schulbücher, welche Verherrlichungen der Monarchie oder der Hohenzollerndynastie enthalten, sind mit größter Beschleunigung außer Gebrauch zu setzen;
5. jedes preußische Dienstgebäude muß eine Reichsfahne besitzen. Sind zwei Flaggenmasten vorhanden, so gilt die Verordnung des Staatsministeriums vom 21. Dezember 1921; ist nur ein Mast vorhanden, so ist immer dann die Reichsfahne zu hissen, wenn das Staatsministerium nicht besonders das Hissen der preußischen Fahne vorschreibt.

Bei der Ausführung dieser Beschlüsse erwächst unseren Genossen aus den Lehrerkreisen und den Elternbeiräten die Pflicht, die Tätigkeit des Kultusministers und seiner Organe scharf zu überwachen. Jeder Versuch, die Entschlüsse des Landtages zu sabotieren oder den Anträgen einen anderen Sinn zu unterschieben, muß sofort an die Oeffentlichkeit gebracht und mit rücksichtsloser Schärfe gerügt werden.

Schweren Schaden fügt der Republik die Kreisblattpest zu. Ihr soll durch einen Antrag vorgebeugt werden, der verlangt:

„alle Behörden und Verwaltungen aufzufordern, amtliche Bekanntmachungen den für die Veröffentlichung bestimmten Publikationsorganen zu entziehen, wenn diese Organe Bestrebungen dienstbar sind, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, und an deren Stelle amtliche Publikationsorgane zu schaffen."

Das ist das Wenige, was der preußische Landtag zum Schutze der Republik getan hat. Die Arbeiter müssen durch eine scharfe Kontrolle dafür sorgen, daß nicht auch das Wenige noch sabotiert wird.

Um den Bürgerblock

Die gestrige Presse ist voll von Betrachtungen über die Idee einer Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien, die sofort nach Bekanntwerden der „sozialistischen Arbeitsgemeinschaft" auftauchte. Es ist dabei ergötzlich, zu sehen, wie verwirrt die bürgerlichen Parteien sind und wie jede versucht, bei dem Geschäft ihr eigenes Parteisüppchen zu kochen. So machen die deutschnationalen Blätter eifrig Propaganda für die Einbeziehung ihrer Partei in die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft. Besonders die „Deutsche Tageszeitung" gibt sich nach der Richtung hin alle Mühe, indem sie schreibt:

„Durch den Ausschluß der Deutschnationalen Volkspartei und damit wichtiger Berufsverbände, wie z. B. eines sehr großen Teiles der Landwirtschaft, beweist die neue Arbeitsgemeinschaft, daß sie es um alles in der Welt nicht mit den Sozialisten verderben will."

Demgegenüber ist die Presse der Mittelparteien ziemlich verdattert in ihrer Hilflosigkeit der geschaffenen politischen Lage gegenüber. Es ist das Gefühl „des Möchtegern und kann nicht" von wegen der eigenen Wähler und Mitglieder, das offenbar Zentrum und Demokraten beherrscht. So schreibt die „Germania":

„Die Entwickelung kann aber dazu führen, daß der Plan greifbarere Gestalt annimmt. Es wäre falsch, nun gleich von einem Bürgerblock zu sprechen, der in unversöhnlichem Gegensatz zu dem sozialistischen Block geraten müßte. Das Problem ist von der falschen Seite gesehen, wenn es so dargestellt wird, als ob jetzt die Scheidung zwischen links und rechts, zwischen bürgerlich und sozialistisch, vorgenommen werden solle. Das alles sind, wie gesagt, **noch Erwägungen. Aber die Stunde scheint günstig jetzt endlich die breite Basis zu schaffen, auf der die gemeinsame Arbeit aller wahren Verfassungs- und Staatsfreunde möglich ist.**"

Die Demokraten werden schon etwas deutlicher als das Zentrum. Sie geben bereits zu verstehen, daß es mit dem Bürgerblock wahrscheinlich Essig sein werde, weshalb der Anschluß nach links nicht verpaßt werden darf. Das geht besonders aus dem „Demokratischen Zeitungsdienst" hervor, der schreibt:

„Wenn das in Fühlungnahme mit dem sozialistischen Arbeitsblock geschehen könnte, würde es zweifellos auf eine wesentliche Verstärkung der Politik der Mitte hinauslaufen. Die Frage ist nur, ob die realen politischen Verhältnisse ein derartiges Nebeneinander und Miteinander der beiden Arbeitsgemeinschaften auf die Dauer ermöglichen würden. Wäre es nicht der Fall und würde gegen den Willen der Befürworter ein bürgerlicher Block gegen die Sozialdemokrtie aus der Arbeitsgemeinschaft der vier bürgerlichen Mittelparteien entstehen, **so müßte er alsbald wieder zerfallen und es wäre dann besser, ihn überhaupt nicht ins Leben zu rufen.**

Die Frage der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der vier nichtsozialistischen Mittelparteien scheint uns deshalb **im Augenblick noch nicht spruchreif zu sein.**"

In der Tat scheint selbst der „Staatsmann der ausgleichenden Gerechtigkeit", Herr Stegerwald, seinen Plan, gegen Links durch einen Bürgerblock „auszugleichen und zu vermitteln" zu Wasser gehen zu sehen. Er versucht deshalb seine Kateridee wenigstens für den Fall einer Reichstagsauflösung durchzuführen, indem er schreibt: „Das eine steht jedenfalls schon jetzt fest, daß für den Fall einer Reichstagsauflösung diese vier Parteien eine politische Einheitsfront bilden werden."

Das ist ein deutlicher Rückzug, der wahrscheinlich zurückzuführen ist auf die ungenügende Aufnahme des Gedankens eines Bürgerblocks, vor allem bei den Demokraten. Schrieb doch gestern in der „Vossischen Zeitung" der Demokrat Georg Bernhard:

„Die Kernfrage ist: Was soll solche Arbeitsgemeinschaft? Es liegt keinerlei organischer Grund dafür vor. Denn eine Verschmelzung kommt zwischen Zentrum und Deutsche Volkspartei doch nicht in Frage. Eine dauernde Gemeinsamkeit in Schulfragen zum Beispiel ist zwischen beiden Parteien gar nicht denkbar. Wenn es sich noch um eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten und Volkspartei handelte, die mindestens in kulturpolitischen Richtlinien einig gehen können, bei denen vielleicht auch einmal die Vereinigung zur großen republikanischen Partei möglich ist! **Aber so wie die Sache jetzt aufgezogen wird, fehlt jeder natürliche Zusammenhang.** Es kann doch nicht gut angenommen werden, daß hier sich der **Vorgang aus der Kinderstube wiederholt,** wo Elly nun auch eine Puppe haben muß, weil Nelly eine Puppe geschenkt erhielt: **Baust Du Deine Arbeitsgemeinschaft, so baue ich meine Arbeitsgemeinschaft!**"

Schließlich sei noch die Meinung des „Vorwärts" zur bürgerlichen Sammelpolitik mitgeteilt, der unter dem Titel „Mischmasch" sich folgendermaßen äußert:

„Das Ganze ist mäßiges Sommertheater und könnte heißen: „Wurst wider Wurst." Daß die Politik eines großen Volkes nach solchen Methoden gemacht werden soll, muß Staunen erregen. . . .

Was kann die bürgerliche Sammlung unter solchen Verhältnissen erreichen? Wir leben nicht nur in der Republik, sondern auch unter dem demokratisch-parlamentarischen System. Ohne Reichstagsmehrheit kann nicht regiert werden. Ohne die Sozialdemokratie kann aber keine Reichstagsmehrheit gebildet werden, wenn man nicht die Monarchisten in sie einbeziehen will. Gegen die Sozialdemokratie kann nicht regiert werden.

Auf der andern Seite: die Sozialdemokratie kann nicht allein regieren. Sie kann es nicht, weil sie nicht die Mehrheit hat. Ihre Aussichten und auch die Aussichten der neuen sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die Mehrheit zu erringen, sind verschlechtert, solange ein — wenn auch nur kleiner — Teil der Arbeiterschaft blind genug ist, mit den Kommunisten zu laufen. Die Existenz der KPD. ist für die bürgerlichen Parteien die beste Garantie gegen die Entstehung einer sozialdemokratischen Arbeiterregierung.

Der Gedanke des Bürgerblocks, dem neben Herrn Stegerwald auch Herr Stresemann Pate gestanden haben soll, ist das Produkt einer spießbürgerlichen Angstpolitik. Kann man sich etwas Groteskeres denken? Unter dem Eindruck, den die schändliche Ermordung eines bürgerlichen Ministers hervorgerufen hat, schart sich die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft geschlossen um den bedrohten Staat. Unsere politischen Spießbürger aber, statt diese Entwicklung freudig und dankbar zu begrüßen, lassen sich vom Feuriogeschrei reaktionärer Nachtwächter aufschrecken, laufen aufgeregt durcheinander und halten Rat, was sie nun zu ihrem Schutze unternehmen sollen."

Alles in allem genommen kann man heute schon sagen, daß der sogenannte Bürgerblock wahrscheinlich zunächst nicht zustande kommen wird. Die verwickelte politische Lage ist also nach wie vor dieselbe, aus der bis jetzt nur als einzige Lösung ersichtlich ist: Auflösung des Reichstages! Geben Zentrum und Demokraten ihre bisherige gerade schon komödienhafte Haltung nicht auf, so kann morgen schon beim Schutzgesetz der Reichstag auffliegen, wofür auch durchaus die bisherige Ergebnislosigkeit der Bemühungen des Reichspräsidenten spricht. Unsere Genossen werden gut tun, sich jetzt schon auf Neuwahlen vorzubereiten.

Hungerterror gegen Sozialdemokraten

Als wir vor einigen Wochen in der Lage waren, die Richtlinien der preußischen Agrarier im Kampfe gegen die Getreideumlage zu veröffentlichen, da erklärten die Verbandsvertreter der Junkervereine, daß alles erfunden sei. Als jedoch auch in anderen Zeitungen derartige Richtlinien aus anderen Gegenden veröffentlicht wurden, wandten die Agrarier die bekannte Wanzentaktik an. Sie erklärten nichts mehr, sondern verhielten sich fein still und schwiegen. Wußten sie doch, daß alles Ableugnen nichts mehr nutzt. Wie weit die verbrecherische Kampfesweise der landwirtschaftlichen Vereine gegen Andersdenkende bereits vorgeschritten ist, zeigt folgende Bekanntmachung des Bauernvereins in Trier:

„Allen denjenigen Personen der Stadt Baumholder, **die Abonnenten des (sozialdemokratischen) „Nahetal-Boten" sind,** wird bekanntgegeben, daß es ihnen die Bauernschaft von Baumholder in den Willen stellt, **auf das Abonnement zu verzichten oder von der Belieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen jeglicher Art und sonstigen Unterstützungen ausgeschlossen zu werden.**

Durch einstimmigen Beschluß der Mitglieder ist jedem Mitglied verboten, allen Personen, die den „Nahetal-Boten" halten, landwirtschaftliche Erzeugnisse jeglicher Art zu verabreichen, mit dem Fuhrwerk Holz, Kohlen usw. anzufahren und Feldbestellungsarbeiten zu verrichten. Ausgeschlossen von diesem Verbot sind Mitglieder des Vereins, die nebenbei einen Gewerbebetrieb halten; aber nur insoweit, als Leistungen aus dem Gewerbetrieb in Frage kommen.

Nichtabonnenten, die versuchen, Abonnenten Lebensmittel von Landwirten zu beschaffen oder auf andere Art und Weise denselben behilflich sind, den Beschluß zu umgehen, unterliegen diesen Maßnahmen. Der Beschluß tritt mit dem 10. April 1922 in Kraft und bleibt solange bestehen, bis die Abonnenten bzw. Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei auf die Redaktion derart einwirken, daß sie die Hetze gegen die Bauern einstellt.

Der Vorstand."

Diese Bekanntmachung zeigt, daß die Agrarier nicht nur mit Erpressungen vorgehen in bezug auf die Getreideumlage, sondern auch in allen anderen politischen und wirtschaftlichen Fragen. Um so mehr hat die Regierung alle Veranlassung, keine Schwäche bei der Sicherstellung der Ernährung der städtischen Bevölkerung zu zeigen, besonders im Hinblick darauf, daß hinter den Bauernvereinen das Großagrariertum mit seinen Organisationen steht, das die Kleinbauern bei ihrer Erpresserpolitik nur als Büttel benutzt.

Zufassen!!

Wir haben bekanntlich eine Verordnung des Reichspräsidenten, wonach die Republik und ihre Vertreter vor den Hetzereien und Verleumdungen ihrer monarchistischen Gegner beschützt werden sollen. Bisher scheint diese Verordnung noch viel zu lax angewandt worden zu sein, denn die Hetze gegen die Republik und gegen Republikaner hat eher zu- als abgenommen. Dafür folgende Beispiele: Am 15. Juli schrieb das Antisemitenblatt „Der Hammer" über den ermordeten Rathenau:

„Rathenau war Bolschewist: **er hat seinem Freunde Lenin die Organisationspläne geliefert,** mit denen dieser das russische Wirtschaftsleben gemordet hat, **um die tote Masse dann dem jüdischen Kapitalismus zum Ausverkauf zu überlassen".**

Ein anderer Fall, wo sich selbst Angestellte der Republik eine Verhöhnung der Regierungsverordnungen zuschulden kommen ließen, wird der „Welt am Montag" aus Pommern geschrieben:

„Am 9. d. M. hielt der Kriegerverein Weitenhagen (Pommern) Schießen ab, obwohl **es ausdrücklich verboten war.** Der Vorsitzende, ein Herr **v. Zitzewitz,** Kl.-Machnin, der auch der zuständige Amtsvorsteher ist, feuerte höchst eigenhändig den ersten Schuß ab, mit dem Bemerken: Es sei wohl verboten, aber wenn er die 600 M. bezahle, seien sie eben bezahlt. Man solle ruhig schießen, tanzen und sich um den Deuwel nicht kümmern!" —

Hoffentlich werden es sich die Regierungsstellen angelegen sein lassen, solchen Leuten recht schnell zu beweisen, daß sich die Republik ebensowenig „den Deuwel scheert", um alles Gezetere über Ausnahmegesetze usw., wie sich die Veranlasser solcher Maßnahmen den Deuwel um die Republik scheeren.

Ein neuer Bolschewistenschreck

Die politischen Nachwirkungen des Mordes an Rathenau haben die nationalistischen Kreise vollends verdattert. Sie glaubten durch ihre wüste Hetze gegen Republik und Republikaner die besten politischen Geschäfte machen zu können, und nun müssen sie schmerzvoll erleben, daß die von ihnen geschaffene Mordatmosphäre die republikanischen Geister, statt sie zu bannen, neu belebte. Die Mittelparteien sind von dem entschiedenen Auftreten der Arbeiter ebenfalls von förmlichen Angstzuständen befallen. Sie möchten, wenn sie nur könnten, die Situation ein wenig rückwärts revidieren. Daher die Diskussion über die Schaffung eines Bürgerblocks gegen die sozialistische Arbeitsgemeinschaft. Die „Deutsche Zeitung" glaubt gut zu tun, den mittelparteilichen Angstmeiern noch ein wenig mehr Furcht ins Gebein zu jagen, indem sie von neuen kommunistischen Aufstandsplänen fabuliert. Sie hat von „besonderer Seite" Nachrichten aus dem Haag erhalten, die „gruselig" zu lesen sind:

„Ihr zufolge ist soeben einer der gefährlichsten und gewalttätigsten räterussischen Agitatoren, der Aufstandsorganisator Nikolai Gorbunow in Berlin eingetroffen und beabsichtige, mit den ihn begleitenden bolschewistischen Agenten Smidowitsch, Eiduck (dem Henker Rußlands) und Chalatow, demnächst sämtliche deutschen Städte, in denen sich bolschewistische Bureaus befinden, aufzusuchen, um die Kampfvorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand zu beschleunigen. Von der Kommunistischen Partei Deutschlands würde den Moskowitern ein namhafter Führer zur Mitarbeit zugeteilt werden."

Die sofortige Errichtung der Räteherrschaft in Deutschland sei nach den Mißerfolgen im Haag eine Lebensfrage für die Moskauer Gewalthaber usw. Mit solchen Mätzchen glaubt man dem nationalistischen Segel wieder neuen Wind zuführen zu können. Windig genug sind sie in der Tat.

Aber wer sich von solchem „Winde" gute Fahrt verspricht, gleicht dem Ertrinkenden, der in seiner Todesangst nach dem Strohhalm greift.

Der Kampf um die Reparationen

Paris, 17. Juli. (EP.) Nach der „Daily Mail" hat Poincaré gestern eine lange Unterredung mit Dubois gehabt. Dubois sei der entschiedenen Ansicht, daß **Deutschlands gegenwärtige Zahlungsunfähigkeit der Schwäche der deutschen Regierung zuzuschreiben sei.** Die Reparationskommission werde nächstens einen **scharf verurteilenden Bericht über die deutsche Zahlungsunfähigkeit** veröffentlichen. Frankreich werde darauf bestehen, daß die **Reparationskommission die absichtlich herbeigeführte Zahlungsunfähigkeit Deutschlands festgestellt,** wodurch den Alliierten das Recht gegeben ist, **Sanktionen zu ergreifen** und besonders eine Kontrolle über die deutschen Finanzen auszuüben. Poincaré sei nicht von militärischen Sanktionen eingenommen, er möchte sobald wie möglich mit Lloyd George eine Unterredung über die Reparationen haben, und man glaubt in gut unterrichteten Kreisen, daß eine Konferenz stattfinden wird, sobald das Garantiekomitee seinen Bericht erstattet hat. Poincaré wird nach dem genannten Blatt von Lloyd George folgende Schritte fordern: 1. die Notwendigkeit, **der Welt zu erklären, daß Deutschland absichtlich den Bankerott herbeigeführt hat,** 2. der einzige Weg, um mit Deutschland zu unterhandeln, liege in einem **gemeinsamen Vorgehen der Alliierten,** 3. Poincaré wird auf die Notwendigkeit bestehen, **von Deutschland bestimmte Finanzreformen zu erlangen.** Die alliierten Kommissare sollten mix Vollmachten für die Ueberwachung des deutschen Staatshaushaltes und aller Einnahmen und Ausgaben ausgerüstet werden. Poincaré mißt auch der Diskussion der interalliierten Schulden große Wichtigkeit bei.

London, 16. Juli. (EP.) Runciman, der im Asquithministerium Minister war, hielt gestern in Middlesbereugh eine Rede, in der er erklärte, daß es die erste Pflicht der englischen Regierung sei, **im Interesse der Arbeitslosen für eine Regelung der Reparationsfrage zu sorgen** und eine Summe festzusetzen, die Deutschland bezahlen könne. Für England würde es vorteilhaft sein, auf die Forderungen an seine Verbündeten vollkommen zu verzichten. **Ein finanzieller Krach in Frankreich würde die verhängnisvollsten Folgen für England selbst haben.** Die Unsicherheit am Devisenmarkt vernichte alle Handelsmöglichkeiten, da man von heute auf morgen über den Wert der Auslandsdevisen im unklaren sei. Die heutige Sonntagspresse beschäftigt sich ausschließlich mit dem Reparationsproblem. „Observer" hält die Gewährung eines Moratoriums für unumgänglich notwendig. Eine wirkliche Lösung würde nur durch eine **vollständige Revision der deutschen Reparationsverpflichtungen** erreicht werden können, für die eine Höchstsumme festgesetzt werden müßte, die Deutschland die Lebensmöglichkeit lasse und einem von den Bankiers festgesetzten Maximum entspreche. In Frankreich wie in England wünscht man, das Deutschland sich erhole. **Den Schlüssel zum Frieden bilden aber die Zahlungen zur Herstellung der zerstörten Gebiete.** Die öffentliche Meinung Englands sei für eine Annullierung der Schulden der Verbündeten an England oder für einen Verzicht an die Ansprüche an Deutschland, vielleicht sogar für beide. Aber nur eine endgültige und praktische Regelung der gesamten Reparationsfragen würde es der Regierung möglich machen, ihre Maßnahmen zu treffen. — „Sunday Times" schreiben: Das Reparationsproblem kann gelöst werden, wenn wir die **Schulden unserer Alliierten annullieren gegen den Verzicht unserer Verbündeten auf die Summen, die sie von Deutschland zu erlangen hoffen.** Ein **Freudenfeuer von deutschen Schuldverschreibungen,** die wir zur Begleichung der französischen, belgischen und italienischen Schulden an England erhalten würden, **könnte die europäische Atmosphäre vollständig reinigen.** Im übrigen bemerken sowohl „Observer" wie „Sunday Times", daß die Hilfe der Vereinigten Staaten unbedingt erforderlich sei.

Weitere Verhandlungsmöglichkeiten?

Haag, 17. Juli. (EE.) Auf den Brief des Präsidenten Patjin an Litwinoff, worin die Tür zu weiteren Verhandlungen offengehalten wird, antwortete der russische Vertreter in versöhnlicher Weise. Man glaubt, daß es namentlich den Bemühungen des englischen Finanziers Leslie Urquart sowie des Vertreters der Shell Company, Obersten Boyle, gelungen sei, daß sich die Verhandlungen weiterfortsetzen ließen. Diese beiden Herren hatten zahlreiche Besprechungen mit Krassin. Auf beiden Seiten wurde der Wunsch geäußert, zu Abmachungen zu gelangen. Litwinoff erklärte auf den Brief Patjins, daß er vor allem wissen müsse, welche Summen von Rußland zur Bezahlung des beschlagnahmten Privateigentums gefordert werden. In nicht russischen Kreisen erfährt man, daß Frankreich 13 Milliarden Goldfrank fordert, England sechs. Die Russen glauben, daß die Amerikaner für das von ihnen in Rußland investierte Kapital 117 Millionen Goldrubel verlangen. Die Summen wenden von den Russen als zu hoch gegriffen bezeichnet. Geringere Summen würden sie innerhalb 15 Jahren bezahlen wollen, doch fordern sie direkte Verhandlungen mit den verschiedenen Gläubigerkategorien, von denen sie behaupten, daß es deren im ganzen 1000 gebe. Die Franzosen befürchten, daß die Engländer separate Abmachungen mit den Russen treffen wollen, nachdem ein allgemeines Abkommen infolge der Haltung der beiden englischen Delegierten Hilton Young und Philipp Lloyd Gream unmöglich geworden war.

Polizeibeamte und Republik

In Stuttgart tagt gegenwärtig der Reichsverband der Polizeibeamten. Er beschäftigte sich unter anderem mit dem Gesetzentwurf zum Schutze der Republik. In einer Entschließung wurde der Gesetzentwurf gebilligt und im weiteren erklärt: „Wenn sich aus Anlaß innerpolitischer Unsicherheit die verantwortlichen Regierungsstellen und gesetzgebenden Körperschaften im Interesse der Staatsordnung zu gesetzgeberischen Maßnahmen veranlaßt sehen, die zwar an sich eine Beschneidung des öfentlich-rechtlichen Charakters der Beamten bedeuten, so muß doch eine verfassungstreue Polizeibeamtschaft gerade in diesem Fall ihre eigenen Interessen hinter die des Volksganzen zurückstellen und solche notwendigen gesetzlichen Maßnahmen billigen."

Ist es auch ein Unikum, daß sich eine Tagung der Polizeibeamten auf den Boden der Verfassung stellt, so ist es anderseits doch erfreulich zu begrüßen, daß die Polizeibeamtentagung sich ausdrücklich in diesem Sinne aussprach. Der Beschluß bestätigt aufs neue, daß nicht von der Beamtenschaft, sondern nur von der monarchistisch eingestellten Führerschaft Anschläge gegen das neue Regime zu befürchten sind. Zugleich hebt sich aber die Entschließung der Polizeibeamten wohltuend von der Stellungnahme der reaktionären Bürokraten gegen das republikanische Beamtenpflichtgesetz ab.

Bemerkenswerte Berliner Häuser

Beim Wandern durch Berlin kann man kaum erkennen, daß man in einer sehr alten Stadt weilt, da die Erinnerungsstätten an Gewesenes und Gewordenes hie und da versteckt und verstreut sind. Die Kenntnis von der Geschichte Berlins liegt überhaupt auch heute noch sehr im argen. Es bleibt aber sehr bedauerlich, von geschichtlicher Entwicklung nichts zu wissen, weil das der beste Weg ist, um zu erkennen, wie Rückständiges hat hochkommen können und weil gleichzeitig Kenntnis der Geschichte das geeigneiste Mittel an die Hand gibt, wie man Reaktionäres wieder rausreißen kann. Um die Kunde von der Geschichte Berlins hat sich seit langen Jahren der Verein für die Geschichte Berlins verdient gemacht, und der Hauptschriftwart dieses Vereins, Dr. Hans Brendicke, hat durch seine allen zugänglichen Wanderungen durch Berlin ein gut Stück zur Kenntnis von Alt-Berlin beigetragen.

Der älteste Teil von Berlin liegt im Zentrum, um Spittelmarkt und Molkenmarkt herum. Es sei hier zunächst darauf aufmerksam gemacht, daß diese Plätze, ebenso wie der Hausvogteiplatz und der Hackesche Markt aus dem Grunde ganz im Gegensatz zu andern viereckigen Plätzen wie dem Dönhoffplatz so zackig und vieleckig sind, weil Berlin früher Festung war und gerade an diesen Stellen winklig gebaute Bastionen standen (Berlin hatte um 1675 dreizehn solcher Bastionen oder Bollwerke). Nach Abbruch der Bastionen und Wälle ließen die Bürger die Häuser da stehen, wo sie immer schon gestanden hatten, und auf diese Weise ergaben sich die unregelmäßigen und winkligen Plätze. Hier im Zentrum Berlins gibt es denn auch heute noch ein paar alte und bemerkenswerte Häuser. Der Hausvogteiplatz, der früher Schinkenplatz hieß, weil er die Form eines Schinkens hat, wurde später nach dem an ihm gelegenen Hausvogtei-Gerichtsgebäude benannt. An seiner Stelle steht jetzt die Reichsbank. In der Hausvogtei saß vom 1. Januar bis 12. November 1834 der mecklenburgische Dichter Fritz Reuter gefangen, der das damals todeswürdige Verbrechen begangen hatte, für die Freiheit und Einigkeit Deutschlands einzutreten. Sein Landesherr, der perfide Großherzog von Mecklenburg, ließ den „Revolutionär", der sich gerade in Berlin aufhielt, verhaften, und der gefällige „königliche Vetter", der König von Preußen, leistete hinterlistig genug Bütteldienste und behielt den Dichter in offenem Widerspruch mit dem damals geltenden Staatsrecht, gefangen.

Von einem anderen Dichter, der auch nur Not und Entbehrungen im Leben erfahren hat, erzählt das Haus Nummer 11 in der alten Spreestraße. Hier wohnte, wie eine Bronzetafel über der Haustür besagt, 1854 und 1855 Wilhelm Raabe, der immer ein Herz hatte für die Armen und Beladenen und der in seinem Roman „Chronik der Sperlingsgasse" (gemeint ist die Spreestraße) ungemein anschaulich und frisch Tun und Treiben der „kleinen Leute" geschildert hat.

Ganz in der Nähe befindet sich das alte und interessante Haus Brüderstraße 15, in dem das Lessing-Museum untergebracht ist. Hier hat der Dichter Theodor Körner mehrfach geweilt, während der Dichter Gotthold Ephraim Lessing bei seinen wiederholten Aufenthalten in Berlin in den Häusern Spandauer Str. 68, Nikolaikirchhof 10, Stralauer Straße und Königsgraben 10 (jetzt Warenhaus Tietz) gewohnt hat.

In der Breite Straße 12 wurde der bekannte Komponist Albert Lortzing geboren, und das nebenan liegende Haus, Breite Straße 11, das sogenannte Haus Ermeler, 1761 erbaut, ist berühmt als Denkmal alt Berliner Kunst. In der Breite Straße 8/9, worin sich bis vor kurzem die Redaktion der „Freiheit" befand, ist ebenfalls ein altes, 1704 erbautes Berliner Haus zu erblicken.

Aus einem ganz anderen Grund interessant ist das Haus Königstraße 69, Ecke der Burgstraße. Im Grundbuch befindet sich nämlich die Eintragung, „daß bei einem Ueberfall des Schlosses an der Spree das Haus einen Mann mit Gewehr zur Verteidigung auf das Schloß entsenden soll." Man sieht, daß gekrönte Häupter und hohe Herrn den gemeinen Mann stets als Freiwild betrachtet haben, der sich, damit sie geschützt sind, wie ein Hase abknallen lassen muß. Ein merkwürdiges Wahrzeichen, den sogenannten Reidkopf, trägt das Haus Heiligegeiststraße 38. In der Höhe des zweiten Stockwerks befindet sich der Kopf eines Weibes mit Schlangenhaaren, hängenden Brüsten und ausgestreckter Zunge. Angeblich hat Friedrich Wilhelm I., der Vater des alten Fritz, einen damals in dieser Straße wohnenden armen Goldschmied viel Arbeit gegeben, worüber die Frau eines gegenüber wohnenden Zunftkollegen neidisch gewesen sei und dem Bevorzugten alle Tage die Zunge ausgestreckt habe. Als der König dies gehört, habe er, um die Frau zu bestrafen, den Neidkopf an dem Haus anbringen lassen. Nun, wahr wird die Geschichte wohl nicht sein, denn Könige haben sich noch niemals um die Nöte des armen Mannes gekümmert.

Auch über ein anderes Wahrzeichen, die Rippe am Haus Molkenmarkt 15, werden allerlei tolle Geschichten erzählt. Die Rippe war aber gewiß nichts anderes, als ein Wirtshaus-Wahrzeichen, ebenso wie die goldene Kugel, der goldene Arm, oder die weiße Taube.

Eine humorvolle Erinnerung weckt das stattliche, 1761 erbaute Haus Poststraße 16, an der Ecke des Mühlendammes, am Molkenmarkt gelegen, das sogenannte Ephraimsche Haus. Es gehörte Veitel Heine Ephraim, der im Auftrag des Königs in bedrängter Zeit unterwertige Münzen herstellte, sogenannte Ephraimiten, von denen das Volk spottete:

„Außen schön und innen schlimm,
Außen Friedrich, innen Ephraim."

Unsere heutigen Münzen und verschmutzten Scheine sind noch viel schlimmer und viel weniger wert, als die damaligen Ephraimiten.

Ein tieftrauriges Kapitel von den finstersten Zeiten des barbarischen Mittelalters wird lebendig beim Anblick des Hauses Judenstraße 46/47, des Großen Judenhofes. Hier war bis 1850 allein der staatlich erlaubte Wohnsitz der Juden, das Ghetto Berlins, durch eiserne Gitter abgetrennt, die abends um neun Uhr geschlossen und früh um sechs Uhr geöffnet wurden.

Am Schluß der heutigen Wanderung durch Alt-Berlin sei endlich noch ein sehr altes Haus, Fischerstr. 29, erwähnt. Es ist 1601 erbaut und hat über dem Hoftor ein Schild mit einem Eichhörnchen und der Inschrift: „Zu Eichhorn bin ich genannt — dies Haus steht in Gottes Hand."

K. F.

Ersatzleistung für beschädigte Banknoten

Ein Gesetzentwurf über die Ersatzleistung für beschädigte Reichsbanknoten ist dem Reichstag zugegangen. Danach kann das Reichsbankdirektorium bestimmen, daß eine Ersatzleistung für beschädigte Reichsbanknoten nur dann zu erfolgen habe, wenn die zur Prüfung der Echtheit erforderlichen Merkmale, wie Wasserzeichen, Fasern, Streifen, Nummern usw. in deutlich erkennbarem Zustande auf dem vorgelegten Teile der Note enthalten sind. Die Bestimmung ist durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen.

Das Ende des Notgeldes

Ein Gesetzentwurf über die Ausgabe und Einlösung von Notgeld ist dem Reichstag zugegangen. Danach sind Marken, Münzen, Scheine oder sonstige Urkunden, die auf einen Geldbetrag lauten und im Zahlungsverkehr als Ersatz für das vom Reiche, von der Reichsbank oder einer Privatnotenbank ausgegebene Geld verwendet werden (Notgeld), sofern sie sich zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Verkehr befinden, ohne Rücksicht auf die Gültigkeit, die Art und den Inhalt der Verpflichtung der Urkunde bis zum Ablauf von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes durch den Aussteller gegen Aushändigung der Urkunde zum Nennbetrag einzulösen. Ferner wird bestimmt, daß Marken, Münzen, Scheine oder sonstige Urkunden, die auf einen Geldbetrag lauten, fortan nicht zu dem Zweck ausgegeben werden dürfen, als Notgeld verwendet zu werden.

Der nachsichtige Herr Boelitz

Weil in Lichterfelde die Kadetten eine Anstaltsdame mit Kosenamen wie „Sau" belegt haben, wurden sie auf Veranlassung des Kultusministers Dr. Boelitz aus der Anstalt entlassen. Aber Herr Boelitz müßte nicht ein Deutsch-Volksparteiler sein, wenn er für derartige Rüpeleien nationalistischer Jugend nicht ein mitfühlendes Herz hätte. Infolgedessen hat er dafür gesorgt, daß ein Teil der relegierten Schüler in dem ebenfalls mit staatlichen Mitteln unterstützten Alumnat in Walstatt Aufnahme fanden und er gestattete ihnen weiter, sich vor Ablauf des Semesters dem Abiturientenexamen zu unterziehen.

Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß die hoffnungsvollen Jünglinge ausnahmslos das Examen bestanden haben, denn das Wohlwollen des preußischen Kultusministers mußte doch auch von der Prüfungsbehörde in Walstatt gewürdigt werden.

Vergrößerung der diesjährigen amerikanischen Anbaufläche für Baumwolle.

Die New Yorker Financial Chronicle gibt in ihrer alljährlich Ende Juli erscheinenden Schätzung über die in den Vereinigten Staaten mit Baumwollpflanzungen bestellten Flächen die diesjährige Anbaufläche mit 35 025 000 Acres an, das sind 10,5 % mehr als im Vorjahre; das Verhältnis von bestellten und Ernteflächen und den Erträgen der Baumwollernte in den Jahren seit 1917 gibt die Chronicle wie folgt an:

	bestellte Flächen Acres	geerntete Flächen Acres	Erträge Ballen
1922	35 025 000	—	—
1921	31 678 000	30 509 000	7 953 641
1920	37 043 000	35 878 000	13 439 606
1919	35 133 000	33 566 000	11 420 763
1918	37 207 000	36 008 000	12 040 582
1917	34 923 000	33 841 000	11 302 375

Ueber die Ernteaussichten schreibt das Fachblatt, daß infolge ungewöhnlich schwerer Regenfälle die Felder um zwei bis zu sechs Wochen im Rückstand sind. Dies wird aber mehr als ausgeglichen durch den günstigen Stand der Felder, die bis zur Ernte keinerlei Trockenheit mehr zu befürchten haben, und durch die in diesem Jahre wieder in großem Umfang verwendeten künstlichen Düngemittel, die in den letzten Jahren, vor allen Dingen im Jahre 1921, fast ganz in Wegfall gekommen waren.

Groß-Berlin

Teutsche Pöbeleien!

Ein Vorfall, der sich vor einigen Tagen in später Abendstunde auf dem Bahnhof Bellevue zutrug, bei dem das Gebaren eines ebenso urteutschen wie brutalen „Patrioten" in erschreckende Erscheinung trat, wollen wir der weiteren Oeffentlichkeit nicht vorenthalten.

An der Sperre stand der sehr wohlgenährte Herr Robert Haenisch, NW. 52, Kirchstraße 23, und parlamentierte minutenlang mit dem die Sperre beaufsichtigenden Beamten. Der betreffende Patron hatte ein Fahrscheinheft, das ihn berechtigte, seine Fahrt erst vom Fernbahnhof Friedrichstraße anzutreten. Der Beamte bedeutete ihm verschiedentlich höflich, er müsse sich erst noch eine Stadtbahnkarte bis Friedrichstraße lösen, denn er könne ihn nicht durchlassen. Unser Held wollte aber durchaus und entgegen den Weisungen des Beamten die Sperre passieren. Der Beamte ließ ihn nicht durch und forderte ihn auf, die Sperre freizugeben. Inzwischen stand hinter ihm schon eine Dame, hinter ihr ein Herr und einige andere Personen, die bereits eine Polonaise bildeten. Der hinter der Dame stehende Herr, ein gerade am Vormittag angekommener Auslandsdeutscher L., bat den demonstrierenden Teutonen höflich, die Dame und ihn wenigstens passieren zu lassen. Er half der Dame durchzukommen und da der Zug eben einfuhr, den er benutzen wollte, machte er auch für sich den Weg frei. In diesem Moment geriet der Urteutone in Wut, holte aus und schlug den betreffenden Herrn brutal zu Boden, der sich beim Fall die Haut der rechten Hand abschürfte. Der Ueberfallene, an Körpergröße und Kraft dem Angreifer weit unterlegen, benutzte seinen Schirm als Waffe und schlug diesem Kerl als Abwehr ins Gesicht, so daß sich sogar die Schirmspitze verbog.

Das Stationspersonal zwang jenen Herrn Haenisch, sich auszuweisen und es stellten sich sofort eine Anzahl Personen dem Ueberfallenen als Zeugen zur Verfügung. Gegen den Angreifer wird die Strafanzeige erstattet werden, falls er dem ihm gestellten Verlangen, für einen wohltätigen Zweck einen größeren Betrag zu stiften, nicht nachkommen wird.

Auch dieser Vorfall paßt zu dem Bilde jener Ueberpatrioten, die durch ihr brutales Tun Deutschland immer mehr außen- und innenpolitisch schädigen. Wir hoffen, daß jene Buße dem betreffenden Herrn Haenisch eine Lehre sein und ihn veranlassen wird, sich zukünftig wie ein zivilisierter Mitteleuropäer zu benehmen.

Die Kinderspiele der Berliner Arbeitsgemeinschaf ider Kinderfreunde

Die Ferienspiele der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde haben begonnen. Hunderte von Großstadtkindern, zu deren Erholung die kommunalen Mittel nicht ausreichen, erfreuen sich am frischen, fröhlichen Spiel auf grünen Rasenflächen. Die Spielleitung führen unsere Genossinnen, die sich im Spielleiterkursus dazu vorbereiteten. Sie versuchen außerdem, soweit die gesammelten Beiträge und die lokalen Verhältnisse dies erlauben, die Kinder an heißen Tagen durch kleine Erfrischungen zu erquicken. Mit jedem Spieltage wächst die Kinderzahl und wir hoffen, daß auch die Mittel mitwachsen. Genossen und Genossinnen, unterstützt die Bestrebungen der Kinderfreunde, sammelt Beiträge und freiwillige Gaben! Geldspenden sind zu richten: auf das Konto Alex Pagels, Nr. 48 743, beim Postscheckamt Berlin. Die im Umlauf befindlichen Sammellisten sind so schnell wie möglich abzurechnen bei den Stellen, von denen sie entnommen sind.

Die Spiele der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde finden statt: Pionierplatz an der Hasenheide: Mittwoch und Sonnabend 2½ bis 6½ Uhr. Spielplatz an der einsamen Pappel (Schönhauser Allee) Dienstag und Freitag 2½ bis 6½ Uhr. Spielplatz an der Wiesenstraße (Wedding) Dienstag und Freitag 2 bis 6½ Uhr. Moabit: Plötzensee, Vogelwiese, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag 9—5 Uhr; Treffpunkt ½9 Uhr morgens am kleinen Tiergarten (Kriegerdenkmal), Essen und Getränke mitbringen. Lichtenberg: Spielplatz am Wagnerplatz, Mittwoch und Sonnabend 2½ bis 6½ Uhr. Treptow: Spielwiese 8, rechts vom Denkmal, Dienstag und Freitag 2½ bis 6½ Uhr. Südende: Parkrestaurant, Dienstag und Freitag 2½ bis 6½ Uhr. Schöneberg-Friedenau: Spielplatz Rubensstraße, Sonnabends 3 bis 8 Uhr. Pankow-Heinersdorf: wechselnder Spielplatz. Näheres bei der Leiterin Frau Wisnewski, Heinersdorf, Triniusstraße 58.

Bezirksamt Zehlendorf darf nicht fehlen!

Nachdem der 6. Vergütungsteiltarif für die nichtständigen Angestellten beim Magistrat zum Abschluß gebracht worden ist, scheint das Bezirksamt wieder, wie immer, wenn es sich um Arbeiter oder Angestelltengehälter handelt, die Sache verschleppen zu wollen. Der Tarif liegt in 2 Stellen aus und sollen sich die Angestellten nach diesen Stellen begeben und von dem Inhalt Kenntnis nehmen. Außerdem geht eine Verfügung, unterzeichnet vom 2. Bürgermeister, Dr. Schuhmacher, herum, wonach den Angestellten erst nach einer Erklärung an das Personalbüro, ob dieselben mit den im Teiltarif gefaßten Bestimmungen einverstanden sind, das Gehalt gezahlt wird! Hat Zehlendorf bereits ein großes Beamtenheer, so wundert es einem nicht, wenn das Publikum die noch immer dort herrschenden Zustände scharf verurteilt. Sieht man doch immer noch Töchter höherer Beamten in den einzelnen Abteilungen sitzen, warum prüft der Magistrat nicht einmal an Ort und Stelle und läßt sich nicht mit schriftlichen Berichten abspeisen. Der Verwaltungsapparat arbeitet viel zu schwer und hier könnte viel gespart werden. Geradezu kraß sind die Eingruppierungen der Beamten vorgenommen worden; alte erfahrene und tüchtige Leute hat man sitzen lassen und jüngere unerfahrene Leute hat man über die erfahrenen Leute eingruppiert. Steigert man dadurch die Arbeitsfreudigkeit? Bewußt arbeitet man gegen Groß-Berlin. Magistrat, höre endlich unsere Mahnungen und säubere mit eisernem Besen!

Arbeiterfrauen!

Wenn Ihr eine bürgerliche Zeitung haltet, fallt Ihr Eurem Mann in den Rücken! Verbreitet die Arbeiterpresse! Lest die

Freiheit!

Der Prinzenerzieher als Geschäftsmann.

Ein umfangreicher Betrugsprozeß, der Einblicke in gewisse Verhältnisse der Nachkriegszeit gestattet, wird in dieser Woche die Ferienstrafkammer des Landgerichts II beschäftigen. Angeklagt wegen Betruges ist der ehemalige Privaterzieher an der Lichterfelder Kadettenanstalt und spätere Erzieher des Erbprinzen von Lippe, der cand. theol. Karl Rumler, während sich der Kaufmann Leopold Brieger wegen Beihilfe zum Betruge und Hehlerei zu verantworten hat. — Die Verhandlung leuchtet in ein eigenartiges Milieu hinein, nämlich in gewisse adlige Kreise, welche früher von dem Zinsgewinn ihres immerhin ansehnlichen Vermögens gut leben konnten, nach Krieg und Revolution aber infolge der enormen Steigerung aller Lebensbedingungen gezwungen waren, zwecks Erlangung einer höheren Verzinsung mit ihrem Kapital nach kaufmännischen Grundsätzen zu operieren. Zu den Leuten, welche notgedrungen plötzlich ihre „kaufmännischen Talente" anwenden mußten, gehörte auch der Angeklagte Rumler, welcher bis dahin als Erzieher des Erbprinzen und des Prinzen von Lippe sowie eines Herrn von Moser ein gutes Auskommen hatte, aber durch die fortgesetzte zunehmende Teuerung in Schulden geraten war. Durch einen Kaufmann Loewenthal war er mit dem angeblich geisteskranken Erfinder der rad- und gleislosen Eisenbahn Göbel näher bekannt geworden, welcher zur Herstellung eines Modells die Summe von 250 000 Mark suchte. Gleichzeitig wurde R. auch mit dem zweiten Angeklagten Brieger bekannt, der kurze Zeit vorher den Offenbarungseid geleistet hatte. Durch seinen Zögling von Moser suchte R. nun in adligen Kreisen Geldleute, welche die Göbelsche Erfindung finanzieren sollten, und wurde er in dieser Weise mit der Mutter des v. M., einer jetzigen Frau von Pfannenberg, und deren Mutter, der 76jährigen Frau von Vogel, bekannt. Wie die Anklage behauptet, soll R. nun, um die alte Dame sicherzumachen, erklärt haben, ihm ständen enorme Summen aus hochstehenden Kreisen, die nicht genannt sein wollten, zur Verfügung. Hierdurch verleitet, gab Frau v. V. zuerst 92 200 Mark in Wertpapieren her. Kurze Zeit darauf verlangte R. nochmals 40 000 Mark und soll sich, da die alte Dame ihm völlig vertraute und ihm, weil sie augenschwach war, die Kassette übergab, statt der 40 000 Mark gleich für 125 000 Mark Wertpapiere angeeignet haben. Die Papiere wurden von R. lombardiert und der Erlös dazu verwandt, um als Begleiter der beiden lippeschen Prinzen eine Vergnügungsreise nach Misdroy zu unternehmen. Die 76jährige Frau von Vogel ist fast um ihr ganzes Vermögen gebracht worden. — Die Angeklagten bestreiten, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben, insbesondere will Rumler durch Rechtsanwalt Dr. Kurt Fontheim den Beweis dafür antreten, daß er selbst der von dem geisteskranken Göbel Betrogene sei. Die Verhandlung wird deshalb einen erheblichen Umfang annehmen.

30jähriges Parteijubiläum. Die Genossen des 12. Distrikts, Bezirk 539, Hutmacher Karl Klatt, Raumerstr. 6 und der Putzer Christian Wanske, Lychener Str. 15, können auf eine 30jährige Parteiangehörigkeit zurückblicken.

Die Genossen des 12. Distrikts hoffen, daß die beiden alten Kämpen noch recht lange in ihrer Mitte verbleiben, den jungen Genossen zum Vorbild, den alten Genossen zur Nachahmung.

Großfeuer bei Orenstein & Koppel in Spandau alarmierte in der Nacht zum Sonntag um die 11. Abendstunde die Spandauer Feuerwehr. In der Waggonbauanstalt an der Hamburger Straße war aus noch unbekannter Ursache Feuer ausgekommen, das erst bemerkt wurde, als die Flammen schon aus dem Fabrikgebäude emporloderten. An den dort in Arbeit befindlichen fast fertigen Waggons, den reichen Holz- und Lackvorräten usw. hatte das Feuer reiche Nahrung gefunden. Unter Leitung des Brandingenieurs Müller nahm die Spandauer Berufswehr, von der Staakener Freiwilligen Feuerwehr unterstützt, sofort mit 3 B- und 5 C-Rohren den Kampf gegen das entfesselte Element auf. Bei der gewaltigen Ausdehnung des Brandes mußte sich die Wehr darauf beschränken, ein Weitergreifen des Feuers zu verhindern. Das in Brand geratene Fabrikgebäude bildete bereits bei der Ankunft der Wehr ein einziges Flammenmeer, so daß weder die Vorräte noch Maschinen oder Waggons gerettet werden konnten. Erst gegen Morgen, nach 7stündiger Tätigkeit, konnte die Wehr wieder abrücken. Das Fabrikgebäude ist vollständig ausgebrannt, der entstandene Schaden recht beträchtlich, die Firma hofft jedoch, den Betrieb auf ihre anderen Werke verteilen und so fortsetzen zu können. Die Aufräumungsarbeiten dürften mehrere Tage in Anspruch nehmen. Menschenleben sind bei dem Brande nicht zu Schaden gekommen. Obwohl die Firma bei mehreren Versicherungsgesellschaften versichert ist, soll der Versicherungsbetrag nicht ausreichen, um den Schaden zu decken.

Gewerkschaftliches

Verbandstag der Bekleidungsarbeiter

An dem Verbandstag, der vom 3. bis 8. Juli in München tagte, nahmen 112 Delegierte, 19 Vertreter der Zentralinstanzen und Gauleitungen und eine Reihe Gäste, darunter auch aus dem Ausland, teil. Den ersten Verhandlungstag füllten die Begrüßungsansprachen, die Erledigung der Mandatsprüfung und sonstiger geschäftlicher Fragen aus. Die Berufung des wegen Zellenbauerei ausgeschlossenen früheren Berliner Bevollmächtigten

Schumacher wurde einmütig abgewiesen, auch keiner der anwesenden fünf KPD.-Delegierten trat für Schumacher ein.

Sehr ausführlich wurde die Berufung des früheren Beiratsmitgliedes Ziolkowski-Hamburg gegen seinen Ausschluß erörtert und Z. selbst das Wort gestattet. Ziolkowski agitierte für Sabotage der Beschlüsse des Beirats und trieb an Schumachers Seite Zellenbauerei. Alle Maßnahmen des Vorstands gegen Z. wurden gegen wenige Stimmen gutgeheißen.

Den gedruckten Geschäftsbericht besprach Verbandsvorsitzender Plettl-Berlin.

Den Kassenbericht erstattete Heidmann-Berlin. Er beanstandete, daß vielfach die Einreihung in die gebührende Beitragsklasse nicht erfolge. Das Verbandsvermögen betrage 4½ Millionen Mark; eine starke Beitragssteigerung sei notwendig.

Redakteur Brennecke-Berlin kündigte in seinem Bericht das bevorstehende Eingehen des fachtechnischen Blattes an. Dafür soll im Verbandsorgan mehr das Wirtschaftsleben des Berufes behandelt werden, auch die Rohstoffrage. Es wurde ferner erwogen, der sozialen und allgemeinen Aufklärung der Frauen mehr Raum zu widmen.

In der Aussprache über die Geschäftsberichte wurde eine Fülle Tariseinzelheiten besprochen. Mehrfach wurde das Verlangen laut, bestimmte Orte und das ganze besetzte Gebiet tariflich zu heben; für die Pfalz müsse mindestens 3 M. Zulage erreicht werden, für das Saargebiet mehr. Harte Worte fielen gegen den zur AfA. gehörenden Zuschneide-Verband, der Solidarität in Anspruch nehme, sie selbst jedoch verweigere.

Das Ergebnis der langen Auseinandersetzung war, daß dem Vorstand das Vertrauen des Verbandstages ausgesprochen wurde. Annahme fanden drei Entschließungen, in denen baldigste Fertigstellung des Reichstarifes für die Konfektion auf der Grundlage der Stundenberechnung gefordert wird. Die Zentralleitung wird beauftragt, den Arbeitgeberverband zu bewegen, daß alle Tarifbeschwerden zwischen den beiderseitigen Organisationen geregelt werden. Protest wird erhoben gegen die Auswüchse der Konfessions- und Kartellpolitik in der Bekleidungs- und Textilindustrie. Für die Wäscheindustrie wird die tarifliche Regelung der in der Anlernezeit gewährten Vergütung verlangt. Endlich wird allgemeine gesetzliche Reformierung der Lehrlingsverhältnisse im Sinne der Tarifvertragsidee gefordert.

Am 4. Verhandlungstage referierte Thierfelder-Berlin über „Verschmelzungs- und Grenzstreitigkeitsfragen". Er legte seinen Darlegungen eine Entschließung zugrunde, nach der sich der Verbandstag zu der Auffassung bekennt, daß die Entwicklung der Gewerkschaften sich in der Richtung des

Zusammenschlusses zu großen leistungsfähigen Industrieverbänden

vollziehen muß. Der Verbandstag hält aber eine willkürliche Umformung der Gewerkschaften weder für zweckmäßig noch für durchführbar.

Die Aussprache war durchweg von der Idee erfüllt, daß Industrieorganisation zu erstreben sei.

Reto vom Kürschner-Verband erklärte für seine Organisation, es sei von ihrem nächstjährigen Verbandstag ein zustimmender Beschluß zu erwarten. Staub vom Hutarbeiter-Verband schilderte die Zusammenhänge in der Lohnpolitik der Hut- und Textilindustrie. Diese würden einem Teil der Mitglieder die Verschmelzung mit dem Textilarbeiterverband nahelegen. Eine neue Urabstimmung solle über die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiter-Verband entscheiden. Rödel vom Textilarbeiterverband erklärte, die übergroße Mehrheit seines Verbandes sei für die Verschmelzung, diese sei notwendig und werde sich durchsetzen, auch gegen den Willen von Zentralverbänden und Verbandstagen. Der Textilarbeiterverband würde die Bekleidungsarbeiter mit offenen Armen aufnehmen. Verbandsvorsitzender Plettl betonte, Textilindustrie und Bekleidungsgewerbe würden sich durch die Betriebsverfassung

unterscheiden, die dort konzentriert, hier zersplittert wäre. Wenn erkennbar in Erscheinung trete, daß die Textil- und Bekleidungsindustrie produktionstechnisch zusammenkommen, dann werde die Zeit für die

gewerkschaftliche Umbildung

da sein. Im Augenblick würde der Zusammenschluß zwischen Textil- und Bekleidungsarbeitern keinen Vorteil bringen.

Die Aussprache endete mit einem Beschluß, der die Entschließung des Gewerkschaftskongresses über Industrie-Verbände bestätigt. Angenommen wurden auch von der Resolution Thierfelder jene Absätze, die den Zusammenschluß der berufsverwandten Verbände erstreben, zunächst mit den Hutmachern und Kürschnern. Ferner fand der Teil Annahme, der sich gegen den Textilarbeiterverband wendet.

Der Verbandstag nahm hierauf die Statutenberatung vor, die sich, bis zum letzten Verhandlungstag hinzog. Nach dem Vorschlag des Vorstandes soll der Beitrag einen Stundenlohn betragen; die unterste Klasse mit Stundenlohn bis Mk. 3,99 Mk. 3,—, die nächste bis Mk. 5,99 Mk. 4,—, dann springt der Beitrag immer um 2 Mk., für je 2 Mk. Stundenlohn Mk. 2.— höheren Wochenbeitrag. Entsprechend den Vorschlägen des Vorstandes wurde das Statut ausgebaut. Es wurde festgelegt, daß die Lohnbewegungen der Verbandsvorstand führt, und der Beirat nach Bedarf zugezogen wird. Die Errichtung einer Unterstützungskasse für Verbandsfunktionäre wurde genehmigt. Ein weiterer Beschluß ermächtigt den Vorstand, Mittel zur prinzipiellen und organisatorischen Heranbildung von Kollegen bereitzustellen.

Sitz des Vorstandes bleibt Berlin, des Ausschusses Hamburg. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Pletti, 2. Vorsitzender Pleeg, Kassierer Heitmann und Redakteur Brennecke.

Nach Feststellung eines Gehaltsregulativs endete der Verbandstag mit einem kräftigen Schlußwort des Verbandsvorsitzenden Pletti.

Differenzen bei der Firma Wertheim

Wir erhielten verschiedene Zuschriften, die sich mit dem eigenartigen Gebaren der Geschäftsleitungen der verschiedenen Warenhäuser der Firma Wertheim in Berlin beschäftigen. Im Anschluß an die große Demonstration, an der sich auch ein Teil des Personals obiger Firma beteiligte, hielt es die Geschäftsleitung für notwendig, sich in ebenso unzweckmäßigem wie reaktionärem Gehaben zu zeigen. Während einerseits Wertheim Wert darauf legt, nach außenhin als „unpolitisch" zu gelten, hielt die Firma es aber andererseits mit dieser ihrer Auffassung für vereinbar, anläßlich des Ablebens der Exkaiserin die preußischen Farben halbmast zu flaggen! Bei der Demonstration am 2. Juni weigerte sich Wertheim noch, den Betrieb ab zwei Uhr zu schließen. Angesichts der Haltung des Personals mußte sich die Firma aber doch eines besseren besinnen. Am 4. Juli, bei der zweiten Demonstration, wurde wieder im Warenhaus Leipziger Straße die Parole ausgegeben: „Wer ohne Urlaub zur Demonstration geht, wird fristlos entlassen!"

Machte so die Firma die Teilnahme an der Demonstration für ihre Angestellten zu einer Gewissensfrage und Bezeugung persönlichen Mutes, so schränkte sie ihren Großmut noch dahin ab, daß sie nur von 1 bis 6 Uhr Urlaub erteilte. Da die Demonstration aber erst gegen 6 Uhr in Halensee ihr Ende fand, konnten die Demonstrierenden nicht um 6 Uhr wieder an ihrer Arbeitsstätte sein. Letztere erhielten nun eine Rüge dahingehend, daß sie entlassen würden, wenn sie sich noch einmal erlauben sollten, die Urlaubszeit zu überschreiten. Ja, man ging noch weiter und wollte die Betreffenden entlassen. Da aber der Betriebsrat die Genehmigung verweigerte, konnte die Firma ihr Vorhaben nicht ausführen.

Will die Firma nicht ihre ausdrückliche Solidarität den Rathenaumördern bezeugen, dann wird sie gut tun, solche reaktionären Anwandlungen im Keime zu ersticken. Wir wollen im übrigen annehmen, daß hier Uebergriffe wichtigmachender untergeordneter Chefs vorliegen, die schleunigst abzustellen Wertheim alle Veranlassung hat.

„Republikanische" Behörden

Bei der Hauptfahndungsstelle der Reichszollverwaltung, Verlängerte Hedemannstr. 10, hatte der Betriebsrat den Aufruf der Gewerkschaften, am 27. Juni 1922, ab 12 Uhr, Arbeitsruhe eintreten zu lassen, durch Aushang am schwarzen Brett den Angestellten zur Kenntnis gebracht, mit dem Hinzufügen, sie mögen restlos dem Aufrufe Folge leisten. Abschrift des Aushanges war der Dienstleitung gleichzeitig zur Kenntnis gebracht worden.

Die Leitung der Hauptfahndungsstelle, Herr Oberregierungsrat Kolbe, Herr Kekulé von Stradowitz, Herr von Weltzin, erblickte hierin nach einer Mitteilung an den Betriebsrat einen Verstoß des letzteren gegen den § 66 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes (ein Eingriff in die Betriebsleitung durch selbständige Anordnungen steht dem Betriebsrat nicht zu).

Was gedenkt das übergeordnete Reichsfinanzministerium gegen diese Säulen der Republik zu tun? Empfiehlt es sich nicht, die Herren Kekulé von Stradowitz und von Weltzin, die noch nicht Regierungsräte sind, aber zu solchen eingegeben sein sollen, schnellstens zu ernennen? Gibt es im Reichsfinanzministerium immer noch keinen eisernen Besen, Herr Hermes?

Lohnzulagen für Schlosser

Am 12. Juli 1922 nahmen die streikenden Bauschlosser in ihrer Branchenversammlung in der Brauerei Königstadt Stellung zu dem Angebot der Arbeitgeber. Nach dem Bericht der Tarifkommission sind die Arbeitgeber bereit, vom 16. Juni bis zum Tage der Arbeitsniederlegung für alle Schlosser und Helfer eine Nachzahlung von M. 8.— zu gewähren. Junggesellen erhalten M. 6.—, Transportarbeiter über 20 Jahre M. 7.—, Frauen M. 5.—; Schweißerinnen M. 5.50; Jugendliche von 14 bis 15 Jahren M. 2.25; von 15 bis 16 Jahren M. 2.50; von 16 bis 17 Jahren M. 2.75; von 17 bis 18 Jahren M. 3.—; Arbeiter von 18 bis 20 Jahren M. 4.— pro Stunde. Ab 13. Juli bis 31. Juli wurden folgende Lohnsätze festgesetzt: für selbständige Schlosser M. 32.50; Helfer M. 31.50; Junggesellen im ersten Gesellenjahr M. 24.—; im zweiten Gesellenjahr M. 25.—; Frauen M. 21.—; Transportarbeiter M. 29.—; Jugendliche von 14 bis 15 Jahren M. 10.—; von 15 bis 16 Jahren M. 11.—; von 16 bis 17 Jahren M. 12.—; von 17 bis 18 Jahren M. 13.—; Arbeiter von 18 bis 19 Jahren M. 20.—; von 19 bis 20 Jahren M. 22.— pro Stunde.

Zu diesen Lohnsätzen erhalten Ledige eine Teuerungszulage von M. 1.20, Verheiratete M. 2.—, Verheiratete mit Kindern erhalten M. 2.85, Jugendliche von 14 bis 18 Jahren M. 1.— Teuerungszulage. Dieses Angebot der Unternehmer wurde von einigen Diskussionsrednern als für noch nicht ausreichend betrachtet, in der Abstimmung jedoch angenommen. Nach den Mitteilungen der Streikenden mußte festgestellt werden, daß in einzelnen Betrieben die Werkmeister Streikarbeit verrichteten.

Beendete Lohnbewegung. Die Lohnbewegungen im Chemischen Großhandel sowie für die Verbandmittelhersteller sind beendet. Für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen der oben benannten Branchen sind mit den betreffenden Arbeitgeberorganisationen und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband vor dem Demobilmachungskommissar neue Lohnabkommen für die Monate Juni und Juli abgeschlossen. Die gedruckten Tarife sind gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Berlin SO., Engelufer 24/25, Zimmer 31, erhältlich.

Sperre. Der Deutsche Holzarbeiterverband teilt mit: Die Arbeiter der Zelluloidwarenfabrik Richard Brose, Adalbertstraße 65, befinden sich im Streik. Die Werkstatt ist hiermit gesperrt und gilt eine Arbeitsaufnahme in dieser Firma als Streikbruch. Die Ortsverwaltung.

Parteiveranstaltungen

Montag, den 17. Juli.

6. Distrikt: Vorstandssitzung um 7 Uhr bei Barleben, Burgsdorfstr. 13.
Zehlendorf. Heute abend, 8 Uhr im „Lindenpark" Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Genossen unbedingt nötig.

Dienstag, den 18. Juli.

4. **Verwaltungsbezirk** (11., 12., 13. und 14. Distrikt). Abends 7 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Hoffmann, Lychener Str. 8. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Genossinnen notwendig.
5. **Verwaltungsbezirk** (Friedrichshain). 7 Uhr Fraktionssitzung der Stadt- und Bezirksverordneten, Markusstr. 49, Zimmer 34.
9. **Verwaltungsbezirk** (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Kulla, Lauenburger Straße. Tagesordnung: Vorstandswahl, politische Lage, Verschiedenes.
7. **Distrikt**, 3. Abteilung. 7 Uhr Abteilungskonferenz bei Dietrich, Swinemünder Straße 36. Jeder Bezirk muß vertreten sein.
14. **Distrikt.** Lese- und Diskutierklub, Johann Jacoby. Abends 7 Uhr Sitzung bei Hoffmann in der Lychener Str. 8.
19. **Distrikt** (Kreuzberg), 3. Abteilung. Abends 7½ Uhr Abrechnung bei Krüger, Grimmstr. 1.
1. **Distrikt, Berlin-Mitte:** Vorstandssitzung abends 7 Uhr bei Baum, Stallschreiberstr. 47. Wichtige Tagesordnung, daher vollzähliges Erscheinen notwendig.
7. **Distrikt, 1. Abteilung:** Heute abend 7 Uhr findet bei Leuschner, Ackerstraße 110, eine Abteilungssitzung statt. Das Erscheinen aller Bezirksführer und der Abteilungsobleute ist unbedingt notwendig.

Steglitz. Bezirksführer! Waldfestplakate sind am Dienstag, den 18. Juli, vom Genossen Müller, Berlinickestraße 5, abzuholen. Klebekolonnen Bescheid sagen.

Mittwoch, den 19. Juli.

19. **Verwaltungsbezirk** (Pankow). Abends 7 Uhr in Pankow, Rathaus-Zimmer 26, Sitzung der Bildungskommission.
16. **Distrikt und Stralau.** Abends 7 Uhr findet in den Comeniussälen, Memeler Str. 65, eine große Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die augenblickliche politische Lage und die Stellungnahme unserer Partei zu derselben. Referent: Genosse Eckhardt. 2. Aussprache. 3. Distriktsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Funktionäre müssen rege einladen. Erscheinen aller Genossen wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt notwendig. Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.

Königenthal, Zepernick und Umgegend. Abends 8 Uhr im Lokal des Genossen Bohle, Königenthal, Siemensstraße, Mitgliederversammlung. Vortrag: Politische Lage, Genosse Peffer. Diskussion.

Vereinskalender

Dienstag, den 18. Juli.

Deutscher Holzarbeiterverband. Tischbranche. Versammlung am Dienstag, abends 4½ Uhr, Schulaula, Petersburger Str. 4. — **Holzbildhauer-Lehrlinge.** Versammlung aller Lehrlinge der Holzbildhauereien am Mittwoch, abends 7 Uhr, Arbeitslosensaal, Verbandshaus, Rungestr. 30. — **Alle Maschinenarbeiter und Schneidemüller Groß-Berlins.** Versammlung am Donnerstag, abends 6 Uhr, in der Schulaula Markusstr. 49. — **Einsetzer.** Versammlung am Donnerstag, abends 5 Uhr, Verbandshaus, Arbeitslosensaal, Rungestraße 30. — **Jugendabteilung Süden.** Versammlung am Donnerstag, Verbandshaus, Arbeitslosensaal, Rungestr. 30. — Die Tagesordnung ist in allen Versammlungen (außer in den Jugendversammlungen) Stellungnahme zur Beitragserhöhung und Bezirksangelegenheiten.

Album-, Mappen- und Galanteriebranche. Nachmittag 5 Uhr findet bei Wille, Sebastianstr. 39, eine Branchenversammlung mit den Sattlern und Portefeuillern gemeinsam statt. Pünktliches Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen erwartet die Branchenleitung.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Gruppe Landschaftsgärtner. Abends 8 Uhr Gruppenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 24/25, Saal 5. Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.

Mieterverein Charlottenburg, E. V. richtet für seine gewerbetreibenden Mieter eine besondere Abteilung ein. Die Sprechstunden für diese Abteilung jeden Dienstag vormittag von 10 bis 1 Uhr in der Geschäftsstelle, Windscheidstraße 26, wo auch neue Mitglieder aufgenommen werden.

Zentralverband der Schuhmacher. Branchenversammlung der Schäftemacher, abends 6 Uhr, Köpenicker Straße 127a.

Deutscher Bauarbeiterverband, Sektion Tiefbau. Abends 7 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. Die Baudelegierten treffen sich bei Boeker um 6 Uhr zur Materialausgabe.

Deutscher Transportarbeiterverband. Abends 7 Uhr im Lokal „Englischer Hof", Alexanderstr. 27c, allgemeine Versammlung. Gruppe Rohprodukten. Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission von den jetzt stattgefundenen Lohnverhandlungen. — Gruppe Oele und Fette. Abends 7 Uhr findet im Lokal von Praffer, Michaelkirchstr. 20, eine Gruppenversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnbewegung.

Mittwoch, den 19. Juli.

17. **Verwaltungsbezirk** (Lichtenberg). Alle USPD.-Genossen werden ersucht, ihre Kinder an den Ferienspielen teilnehmen zu lassen. Spieltage auf dem Spielplatz Wagnerplatz, Mittwoch und Sonnabend von 3½ bis 6½ Uhr.

Mieterverband Deutschlands, Gruppe Gesundbrunnen: Mieterratssitzung abends 7 Uhr im Schiller-Lyzeum, Böttgerstraße Ecke Bankstraße.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Someriner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne täglich 7½ Uhr: Robert u. Bertram

Komödienhaus 7½ Uhr: „Gretchen"

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68. 7½ Uhr: Die erste Geige

Rotter - Bühnen Täglich 8 Uhr:

Residenz-Theater Eine Frau ohne Bedeutung

Staats-Theater Schauspielhaus 7½ Uhr Operettengastspiel Die beiden Nachtigallen

7½ Trianon-Theater Moral v. Ludw. Thoma

Deutsches Theater 7½ Uhr: Potasch und Perlmutter

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr Verliebte Leute

Kammerspiele 7½ Uhr Gastspiel Hans Thimig vom Wiener Burgtheater Der Raub d. Sabinerinnen

Theater des Ostens (Rose-Theater) 5 Uhr: Konzert 7½ Uhr: Dorus Rosl

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr: Die Maschinenstürmer

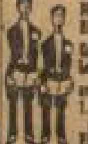
Berliner Prater Kastanien-Allee 7/9 Täglich 7½ Uhr Die Prinzessin vom Nil Operette in 3 Akten, dann das Spezialit.-Programm Beginn des Konzerts 4½ Uhr

Walhalla - Theater 7½ Uhr Er und seine Schwester

Berliner Theater 7.45 Uhr: Madame Flirt

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr

Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Str. 6



Gastspiel-Programm Leipziger Sänger

am 24. Progr. 1. Aug. Wiederauftreten der Elite - Sänger.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.

Die Fortsetzung der General-Versammlung findet am Montag, den 17. Juli 1922, abends 6 Uhr im Großen Saal des Gewerkschaftshauses, Berlin SO.16, Engel-Ufer 15, statt. Der Aufsichtsrat: I. V. L. A. Oskar Witzke.

Tüchtiger Verkäufer für Herren-Konfektion sofort gesucht. Meldungen von 11-12 vorm. und 5-7 Uhr nachmittags. Kaufhaus des Westens Berlin W 50 Tauentzienstr.

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen für Seidenband, Weißwaren, Herrenartikel, Korsette, Leinen- und Baumwollwaren sofort gesucht. Meldungen: 1-3 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends. A. Jandorf & Co., Brunnenstr. 19/21

Für 75 Mark wöchentl. erhalten Sie bei klein Anzahlung einz. Möbel jeder Art sowie Teppiche, Gardinen, Bettdecken, Bettwäsche für wöchentlich 25 Mark Zorndorfer Str. 54 Barthel.

Fahrraddecken 95, 120, 150 M. Luftschläuche 25, 35, 45 M. Versand nach ausw. Eugen Schmidt, Berlin, Badstr. 13.

Zeißfeldstecher 6- u. 8fach, kauft Händ. H. Steckelmann Berlin W 9, Potsdamer Str. 136

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen für Kleiderstoffe, Damenkonfektion, Leinen- und Baumwollwaren, Blumen und Federn, Herrenartikel, Herrenhüte sofort gesucht. Meldungen: 1-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends. A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestr. 1/2

Metzner Kinderwagen-Welthaus

Metall-Bettstellen, Kinder- u. Korbmöbel, Korbwaren, Ruhestühle, Puppenwagen, Alle Kinder-Fahrzeuge usw. Größte Auswahl Berlins. Andreasstr. 23, Andreasplatz Brunnenstr. 95, Bauscholl. 67 Leipziger Str. ..., Spandau, Charlottenstr. ...

Von 1-3 geschlossen. Trotz Warenknappheit unterhalte noch imposantes Lager preiswerter Teppiche (Deutsche u. Perser) Gardinen Möbelstoffe Läufer u. Belagstoffe, Stepp-, Diwan- und Tischdecken, Schlaf- und Reisedecken. Eine grosse Anzahl Teppiche mit Fehlern. Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin-Süd, Seit 1882 nur Oranienstr. 158 Keine Filialen!

Westöli 50, Saba, Juno, Moslem, Salem, Ptco. Bülowstr. 94, I.

Metall ... Osten zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei Zink usw.

Möbel gegen bar und auf Teilzahlung. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Polsterwaren, einzelne Möbel, farbige Küchen. Grebler Weinbergsweg 4. Von 9-7 Uhr geöffnet

Altmetalle Eisen, Kupfer, Blech, Blei usw., sow. Zeitungspapier und Flaschen kauft zu höchsten Tagespreisen Metallverwertung, Bellermannstr. 86

Sämtliche Metalle kauft von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabriken Scholzendorferstr. 2.

Teilzahlung! Garderobe für Damen, Herren u. Burschen sehr preiswert infolge groß. alt. Lagerbestände bei bequemen Ratenzahlungen H. Tyra & Co., Berlin, Neukölln 26

Kleine Anzeigen

Verkäufe

3000 Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw. gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fahrtvergütung. Leihhaus Boxhagener Straße 47.

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Gardinen-Saison-Ausverkauf. Künstlergardinen 275, Stores 175, Bettdecken 175, Madrasgardinen, Meterware, Reste, Riesenauswahl, weit unter Ladenpreis. Deutsch, Landsberger Str. 13, part. Fabrikgebäude.

Auf Teilzahlung! Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme diskrete Teilzahlung. Gebrüder Zeniger, Oranienburger Str. 38 Seitenfl. (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit von 9—7. Hausnummer genau beachten.

Einmaligerregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Klasko-, Zobel- und Silberfüchsen. Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Möbel

Chaiselongues 325, Metallbetten 300, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen. Meike, Augustst. 32a. Quergeb.

Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34, noch billige Gelegenheitskäufe in neuen u. gebrauchten Schlafzimmern; Küchen von 1000,—. Schreibtische, Sofas, Stubeneinrichtung 3900,—.

Möbelkredit bei kleinster An- und Abzahlung. Komplette Wohnungs-Einrichtungen eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Gürlich, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstr., am Schles. Bahnhof.

Möbel-Lehner. Brunnenstr. 7 offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw., große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.

Gut und billig. Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl. Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162.

Fahrräder

Fahrradankauf. Linienstr. 19.

Fahrradankauf! höchstzahlend, Brückner, Wilschiner Straße 78.

Fahrräder, neu und gebraucht, Schönhauser Allee 163.

Arbeitsmarkt

Tüchtige Kremmacher bei gutem Akkord sucht ein Winkel, Frankfurter Str. 15.